

Klimakrise Fragen & Antworten



HELGA KROMP-KOLB

Helga Kromp-Kolb ist Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Österreichs führende Expertin für Klimaschutz.

Es könnte alles auch anders sein

In unserem Rechtssystem gibt es Subjekte und Objekte, aber nichts Drittes. So etwa gilt, dass Menschen und Organisationen, wie Firmen oder Vereine, Subjekte sind, die Natur und ihre Bestandteile aber Objekte, öffentliche oder private Güter mit unterschiedlichem Schutz. Aber das muss nicht so sein. Einige südamerikanische, asiatische und afrikanische Staaten billigen der Natur, oder Teilen davon, den Rechtsstatus des Subjektes zu, Indien z. B. den Flüssen. Selbst in den USA gibt es dazu Diskussionen. Ein großer Vorteil dieses Ansatzes ist, dass das Gesetz nicht erst dann greift, wenn durch Zerstörung der Natur auch der Mensch geschädigt wird.

Das Recht ist ein Abbild des Denkens der Gesellschaft. Dass wir umdenken müssen, wenn wir auf diesem Planeten überleben wollen, versucht die Natur uns tagtäglich zu vermitteln. Das bedeutet, dass auch das Recht, einschließlich Verfassung, angepasst werden muss. Natürlich genügt es nicht, dass etwas in der Verfassung steht – der Rechtsstreit um den Bau der dritten Piste hat das gezeigt. Es muss sich auch in den Einzelgesetzen niederschlagen und muss einklagbar sein.

Eine einschlägige Diskussion, an der sich nicht nur Juristen, sondern alle beteiligen sollten, wäre sinnvoll und lohnend, denn es geht auch anders.

Sie haben Fragen zur Klimakrise? Dann schreiben Sie uns doch an klimakrise@kronenzeitung.at



Fotos: www.picturedesk.com/ERWIN SCHERIAU / APA / picturedesk.com, Kerstin Wassermann



KERSTIN WASSERMANN

SpruchReif

kerstin.wassermann@kronenzeitung.at

Staatenbundchefin Monika U. wurde zu 12 Jahren verurteilt. In Kärnten kommt eine Ex-Anhängerin (Anwalt Toriser) mit Diversion davon.

Tierärztin in Fängen des Staatenbundes

► Diversion für Ex-Staatsverweigerin: „Bin keine Verbrecherin!“ ► Mordversuch durch Brandstiftung in Villach: Prozessstart im Juni

Eigentlich hätte die Staatsanwaltschaft Klagenfurt eine Kärntner Tierärztin als Staatsverweigerin vor den Geschworenen sehen wollen. Denn in der Anklage war der Frau das Vergehen der staatsfeindlichen Verbindung und gefährliche Drohung vorgeworfen worden. Doch das Verfahren wurde – bisher einzigartig – von Richter **Oliver Kriz** rechtskräftig durch eine Zahlung von 1220 Euro Geldbuße diversionell eingestellt. Verteidiger **Hans Toriser** ist erfreut: „Uns ist es gelungen, darzulegen, dass die Mandantin nur eine geringe Mitschuld trifft.“ Die Frau hatte sich bereits vor sechs Jahren dem „Global Common Law Court“ angeschlossen, der mit Selbstjustiz drohte und Politiker, Beamte, Banker und Richter durch selbst ernannte „Sheriffs“ verfolgen ließ. „Ich war neugierig“, erklärt die Kärntnerin heute. „Ich bin aber keine Verbrecherin!“ Die Akademikerin hatte, wie in den Staatsverweigerer-Kreisen üblich, kuriose „Lebenderklärungen“ abgegeben und mittels eines

Pfandbriefes einen Bankdirektor mit der Eintragung in ein Schuldenregister bedroht.

Ähnlich agierte ein einstiger Gesinnungsgenosse. Der Mann wurde im Vorjahr als Gründungsmitglied des „Staates Kärnten“ verurteilt. Doch der Oberste Gerichtshof hob die Entscheidung nun auf. Seine Begründung wird Staatsverweigerer generell freuen: Die Unterstützungshandlungen durch 20 Euro und Stammtischbesuchen sowie die Unterzeich-

nung der Gründungsurkunde des „Staates Kärnten“ enthalten kein „hinreichendes Sachverhaltssubstrat“, wie es im Juristendeutsch heißt. Daher: zurück an den Start.

Wegen Mordversuchs muss sich, wie berichtet, eine 32-jährige Frau aus Villach verantworten. Sie soll durch eine Brandstiftung in einem Mehrparteienhaus versucht haben, den Ehemann zu töten – und auch die eigenen Kinder. „Die Anklage ist rechtswirksam, es wurde kein Einspruch gemacht“, bestätigt Gerichtssprecher **Christian Liebhauser**. Richterin **Michaela Sanin** wird voraussichtlich Ende Juni gegen die Frau verhandeln.



Der Brand in Villach hätte tödlich enden können. Richterin Sanin wird den Fall verhandeln.

Fotos: zVg/HFW Villach, Wassermann Kerstin